

Stuttgart 21 – Rosenstein-Bürgerbeteiligung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuster,
sehr geehrter Herr Baubürgermeister Hahn,
sehr geehrter Herr Prof. Reschl,
sehr geehrter Herr Kammerpräsident Riehle

Sehr geehrter Herr Schuster, am 6.10.2010 hatte ich in einem offenen Brief darauf aufmerksam gemacht, dass ein selbstwidersprüchliches Handeln bezüglich S21 z.B. dann vorliegt, wenn mit den hohen Kosten argumentiert wird – die in den Sand gesetzt würden, wenn zum Projekt auf der politischen Schiene anders befunden werden sollte – und dennoch dazu beigetragen wird, diese Kosten während der Gespräche weiter steigen zu lassen. Doch Letzteres tun Sie letztlich mit der beabsichtigten Rosenstein-Planung.

Was nun mit der beabsichtigten Beplanung des Rosensteinquartiers geschieht, ist für mich in keiner Weise verständlich und nachvollziehbar. Daher möchte ich mich mit diesem Schreiben an Sie wenden, die Sie sich gemäss der Berichterstattung im Amtsblatt vom 28.10.2010 hinter das Vorgehen stellen.

Was erhoffen Sie sich? Während der Schlichtung auf die Potentiale von S21 als Städtebauprojekt hinzuweisen? Das wäre freilich legitim. Doch denken Sie, dass das gewählte Mittel dazu angemessen ist?

Haben Sie denn nicht aus dem bisherigen Projekt gelernt?

- Zur offenen Bürgerbeteiligung wurden die Spielregeln schlicht diktiert (ich war dabei). Ein Reden über K21 war klar verboten und wurde von der Kommunalentwicklung folglich ständig zurückgewiesen. Dies ist ein Moment, was heute noch Grundlage für viele Beteiligten des Protestes ist, den Projektbefürwortern nicht zu vertrauen.
- Zum zweiten Bebauungsplanverfahren zu S21 haben Sie trotz einem Aufruf, Anregungen einzubringen, wahrlich keine großartige Resonanz mehr erhalten: das Vertrauen war schon längst verspielt.

Wie ich im offenen Brief geschrieben hatte, ist es eine tiefe Vertrauenskrise, in der sich die ProjektbefürworterInnen befinden. Und letztlich geht es bei politischer Repräsentation um das Schenken von Vertrauen in (Fremd-) EntscheiderInnen. Wenn Sie denn weiter darauf setzen, dass Sie die StuttgarterInnen richtig repräsentieren, dann wird das jedoch nur mit dem Zurückerlangen von Vertrauen erfolgreich möglich sein. Ein Verfahren, wie Sie es jetzt auslösen resp. stützen, wird diese Vertrauenskrise jedoch aus mehreren Gründen weiter befördern. Warum?

- Der Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignetste: Er zementiert, dass Sie die Schlichtung als reine Veranstaltung der Zerstörung des Protestes sehen, sie nicht als ergebnisoffen betrachten, sondern zur alleinigen Legitimierung der S21-Position verstehen.
- Mit der Wahl des Zeitpunkts handeln Sie selbstwidersprüchlich, da Sie dazu beitragen, einem Argument durch das Schaffen neuer Fakten mehr Gewicht beizumessen (Erhöhung der Ausstiegskosten, die ob ihrer Höhe letztlich als Argument gegen den Ausstieg verwendet werden).

- Denken Sie, im Verfahren Gegner von S21 abholen zu können? Das ist wohl sehr unplausibel und zeugt vom Unverständnis der Stimmung auf der Strasse gegenüber.
- Wenn Sie aber kritisch-engagierte Leute mit dem Verfahren faktisch gar nicht abholen werden (und sagen Sie nicht, es könne doch jedeR mitmachen), dann verspielen Sie sich einerseits, dass deren Ideen eingebracht werden (und da handelt es sich durchaus um Ideen von Leuten, die Ihre Freizeit auch für die Stadt einsetzen), und andererseits, dass all jene nie hinter den Ergebnissen stehen werden.

Sehen Sie nicht, in welches Dilemma Sie sich damit bewegen? Sehen Sie nicht, wie dies die Regeln der Demokratisierung von Stadtplanung verkennt, da hierfür zuallervorderst die Beteiligungsfähigkeit in den Mittelpunkt gerückt gehört?

Ich bin in der Tat äußerst erstaunt über diesen sowohl planungskulturellen, als auch hinsichtlich der politischen Kultur überaus großen Fehlritt. Die prominente Beteiligung aus Hochschulkreisen und Architektenkammer wird hier nichts aufwiegen können, im Gegenteil – auch diesen Institutionen wird künftig in einem hohen Maße (oder in einem noch höheren Maße als heute schon) Vertrauensverlust entgegengesetzt werden. Da gibt es zwar einen Bau- und Vergabestopp, aber lokal wird nach 16 Jahren nun nicht ein halbes Jahr an einen nunmehr schlüssigen wie erforderlichen Planungsstopp gedacht.

Wenn denn schon das städtebauliche Potenzial breiter diskutiert werden sollte, wäre es hilfreich, die dazu bisher geführten Diskussionen öffentlich zu machen. Leider habe ich auf den Seiten von Stuttgart weder die Bebauungspläne zu S21 online gefunden, noch die getroffenen Abwägungen zu den Bebauungsplanverfahren, noch die Diskussionen der Positionen des Städtebauausschusses, die ja sicherlich zu S21 wie zum Ingenhoven-Entwurf bestehen.

Dürfte ich Sie daher freundlichst bitten, mir mitzuteilen, wo ich diese Unterlagen online finde, oder sie mir (digital) zukommen zu lassen. Auch über eine Erläuterung, inwiefern das jetzige Verfahren Rosenstein unter den von mir geschilderten Punkten als weiterhin sinnvoll erachtet wird, wäre ich allen Adressaten dankbar!

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen,

Axel Schubert

PS: falls die Bebauungspläne und Abwägungen nicht online stehen, dann mögen Sie argumentieren, dass dies einer alten Praxis geschuldet ist und es zu viele B-Pläne in Stuttgart gibt. Dieses Argument trifft natürlich völlig an den Möglichkeiten heutiger Medien vorbei (zumindest mit den aktuell erstellten Daten könnte ganz anders umgegangen werden, wie mit alten B-Plänen). Es zeugt zudem von mangelnder Kundenfreundlichkeit und ist nicht sonderlich vertrauenserweckend. Eine Einsichtnahme ist mir zu Ihren Öffnungszeiten leider regelmässig nicht möglich, ein postalischer Versand ist freilich eine (bewusste?) Kostenhürde. Daher bin ich für eine Möglichkeit eines unkomplizierten Einsehens in die Unterlagen dankbar.

Verteiler:

- Herr Oberbürgermeister Dr. Schuster
Landeshauptstadt Stuttgart
70161 Stuttgart
- Herr Baubürgermeister Dr. Hahn
Referat Städtebau und Umwelt
Landeshauptstadt Stuttgart
70161 Stuttgart
- Herr Prof. Dr. R. Reschl
richard.reschl@t-online.de
- Herr Präsident Wolfgang Riehle
Architektenkammer Baden-Württemberg
Danneckerstraße 54
70182 Stuttgart

Kopie (eMail): - Aktionsbündnis K21

Beilage:

- Kopie offener Brief vom 6.10.2010